

11.06.2020

## **DPoIG Bremen verurteilt erneuten Angriff auf die Landesgeschäftsstelle der GdP Bremen**

Der erste stellvertretende Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft in Bremen (DPoIG), André Gudel verurteilt die Angriffe auf die Landesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP), die in der vergangenen Nacht. Dort wurden Fenster beschädigt und ein Schriftzug auf der gegenüberliegenden Straßenseite an eine Hauswand gesprüht.

„Hier wurde nicht nur die GdP, sondern auch der Staat als solches erneut angegriffen. Einige Gruppen in Bremen meinen, dass sie mit Gewalt ihre Meinungen durchsetzen müssten, die sich offensichtlich deutlich gegen die Polizei als Institution des Rechtsstaats richtet. Wir verabscheuen diese Tat aufs Schärfste. Sie ist durch ihre anonyme Begehungsweise nicht nur feige, sondern auch dumm. Ein Gebäude einer Gewerkschaft anzugreifen, die die Interessen von Polizeibeschäftigten vertritt, nur um eine Botschaft loszuwerden und seinen Hass zu befriedigen zeugt davon, welch Kleingeister am Werk waren.“ so Gudel.

Er stellte weiterhin klar: Was derzeit in den USA passiere sei ein ernst zu nehmendes Problem, dass dort gelöst werden müsse. Die Anspielung auf die geplanten Reformen, die der Schriftzug ‚Polizei nicht reformierbar‘ offenbar darstellen solle, könne mit der Arbeit der Deutschen Polizei nichts zu tun haben. Die Ausbildung, der Umgang mit Toleranz innerhalb der Polizei in Deutschland und das konsequente Vorgehen gegen vereinzelte Straftäter und intoleranten Beschäftigten in der Behörde zeige, wie gut die Polizei hierzulande aufgestellt sei.

„Unseren Kolleginnen und Kollegen ist es egal, welche Hautfarbe, welche sexuelle Orientierung oder welche Religion Menschen haben. Sie unterscheiden zwischen Straftätern, solchen, die Ordnungswidrig handeln und denen, die Hilfe benötigen und nach keinem anderen Kriterium! Aussagen wie die von Frau Esken oder der SPD Bremen in Form derer Jugendorganisation schaden nicht nur dem Ansehen der Polizei und somit dem Rechtsstaat als solches, sie feuern auch derartige Gewalttaten gegen unsere Kolleginnen und Kollegen an. Dessen sollten sich diese öffentlich handelnden Personen immer bewusst sein.“